

Die DVP im Juni 2018/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Holger Weidemann

Kommune und Öffentlichkeit – Teil 1 207

Grundsätzlich sind die Sitzungen der Vertretungen der Kommune öffentlich. Dieser tragende Grundsatz wird bereits verfassungsrechtlich durch die kommunale Selbstverwaltungsgarantie gewährleistet (Art. 28 Abs. 2 GG). Die Verankerung der Volksvertretung auf kommunaler Ebene verlangt auch die Beachtung des Demokratieprinzips. Alle wesentlichen Entscheidungen müssen deshalb „vor den Augen der Öffentlichkeit“ erfolgen. Daher enthalten alle Kommunalverfassungen Bestimmungen zum Öffentlichkeitsgebot. Dieser Beitrag erläutert Grundlagen, Reichweite und Ausnahmen des Öffentlichkeitsgebots.

Da die einzelnen Bestimmungen der Bundesländer im Detail Unterschiede aufweisen, werden primär die Bestimmungen des Nds. Kommunalverfassungsrechts (NKomVG) behandelt. Gleichwohl können die grundlegenden Aussagen problemlos auf die anderen Bundesländer übertragen werden.

Ralf Schmorleiz

TVöD – Abschluss der Tarifrunde 2018 212

Dieser Beitrag erläutert kurz die Grundlagen tarifrechtlicher Einigungen, bevor die Ergebnisse der Tarifeinigung für die Laufzeit vom 01.03.2018 bis zum 31.08.2020 dargestellt werden.

Manfred Glombik

Beratungsangebote am Beispiel der Rentenversicherung 216

Im Hinblick auf das differenzierte und daher auch komplizierte Sozialleistungssystem genügt die Überschaubarkeit und Verständlichkeit der gesetzlichen Regelungen allein nicht, um den Einzelnen aufzuzeigen, welche Rechte und Pflichten sich für ihn ergeben, insbesondere welche Ansprüche er hat. Erforderlich ist vielmehr, dass Bürger in allen sie berührenden Fragen informiert und beraten werden. Es sind wichtige Dienstleistungen, die die Leistungsträger nicht anderen Institutionen überlassen können, sondern selbst wahrnehmen müssen. Es ist allerdings kein Monopol, sondern auch die Träger der freien und gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen unabhängig von ihrer Rechtsform können die Bevölkerung über ihre sozialen Rechte und Pflichten aufklären.

Diese Darstellung erläutert Grundlagen, Inhalte und Wirkungen von Informationen der sozialen Leistungsträger am Beispiel der Rentenversicherung.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Handlungsempfehlungen für den Hauptverwaltungsbeamten auf der Grundlage des neuen Nebentätigkeitsrechts in Niedersachsen 219

In der DVP 12/2017, S. 493 hatten die Autoren die Nebentätigkeiten und Funktionen eines Hauptverwaltungsbeamten näher erläutert. Auf dieser Grundlage geben sie nunmehr Handlungsempfehlungen, die zum Schutz des Hauptverwaltungsbeamten beachtet werden sollten.

Fallbearbeitungen

Günter Haurand/Jürgen Vahle

Die Nebentätigkeitsgenehmigung 221

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht ist die Frage, unter welchen Umständen und auf welcher Grundlage eine Nebentätigkeitsgenehmigung wieder aufgehoben werden kann. Grundlage der Aufgabenstellung war die einschlägige Entscheidung des OVG Münster, DVP 2016 S. 411.

Michael Thomas P. Sprenger-Menzel/Marvin Pötsch

Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre: Kommunale Gebührenkalkulation, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Investitionsrechenverfahren am Beispiel eines kommunalen Rettungsdienstes 224

Bei dieser Fallbearbeitung im kommunalen internen Rechnungswesen geht es um Kostenstellenrechnung und Gebührenkalkulation sowie um Verfahren der statischen und dynamischen Wirtschaftlichkeitsrechnung.

In der Sache geht es u.a. um Verfahren der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung, Gebührenkalkulation, Anwendung der dynamischen Methoden der Investitionsrechnung zur Berechnung eines Kapitalwertes (Kölner und Essener Modell) sowie eine Gewinnvergleichsrechnung.

Birgit Moldenhauer

Kalkulation einer kostendeckenden Gebühr 230

Diese Fallbearbeitung greift einige wesentliche Punkte auf, die für die Kalkulation einer kosteneckenden Gebühr von Bedeutung sind (Abschreibung auf Wiederbeschaffungszeitwerten, Einbeziehung der Overheadkosten und der internen Serviceprodukte). Ein besonderes Augenmerk wird auf die Auswirkungen von erhobenen Beiträgen und erhaltenen Zuwendungen für die Gebührenkalkulation gelegt.

Rechtsprechung

Zur Zulässigkeit eines umfassenden Stadionverbots (BVerfG, Beschluss vom 11.04.2018 – 1 BvR 3080/09) 238

Neue Rechtsprechung zum Prüfungsrecht (OVG Münster, Urteil vom 21.03.2017 – 14 A 1689/16; Beschluss vom 06.04.2017 – 14 B 1380/16) 241

Klage gegen Genehmigung zum Entfernen eines Baumes (VG Köln, Urteil vom 17.11.2015 – 2 K 1167/15) 244

Rechtfertigung einer Sachbeschädigung durch Glaubens- und Gewissensfreiheit? (OLG Hamm, Beschluss vom 26.02.2015 – 5 Rvs 7/15) 245

Zum Recht des Arbeitnehmers auf Einsicht in seine Personalakte (LAG Kiel, Urteil vom 17.04.2014 – 5 Sa 385/13) 246

Schrifttum

247

Die Schriftleitung